

**Offener Brief**

**Vorab per E-Mail**



Bürgerinitiative Lennep e.V.  
c/o Peter Lange  
Rader Straße 110  
42897 Remscheid

Mobil 0175 9119019  
E-Mail: buergerinitiative-lennep@web.de

Remscheid, 20.08.2016

Sehr geehrter Herr Mast-Weisz,

der Presse entnehmen wir, dass die Stadt ihre Pläne bezüglich der Ersatzflächen für die Feuerwehr in Lennep geändert hat. Ein Investor sei abgesprungen und habe sich für eine Nachbargemeinde entschieden, heißt es, daher soll diese Fläche nun für die Feuerwehr genutzt werden, das Feuerwehrgerätehaus soll bis Ende 2017 an dieser Stelle fertig gestellt sein, sagt Herr Denstorff.

Daraus ergeben sich für die Bürgerinitiative einige Fragen. Offensichtlich gelingt es der Stadt Remscheid nicht, Gewerbe am Standort anzusiedeln, das in der Lage ist, nachhaltig für qualifizierte Arbeitsplätze zu sorgen. Liegt dies an den bekanntermaßen hohen Gewerbesteuern in Remscheid oder am mangelnden Einsatz in Verhandlungen? Das immer wieder als ultima ratio zitierte DOC wird hier weder für Gewerbesteuern noch für qualifizierte Vollzeitstellen sorgen.

Genauso bedenklich ist die nun an den Tag gelegte Eile bei der Fertigstellung der Ersatzmaßnahmen für die Feuerwehr. Herr Denstorff gibt dafür Ende 2017 an. Finanziert werden sollen sämtliche Ersatzmaßnahmen aus dem Kaufpreis für die vom Investor des geplanten DOC zu erwerbenden Grundstücke. Dieser Investor lässt nun verlauten, dass er erst nach dem Klagejahr 2017 mit Baumaßnahmen beginnen wird. Geld wird vor Rechtssicherheit auch nicht fließen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass möglicherweise – und davon ist auszugehen – Ende 2017 keine Rechtssicherheit bestehen wird. Die bis dahin anhängigen Verfahren werden so schnell nicht entschieden werden können.

Es erhebt sich daher die Frage, wie Sie mit den Ihnen anvertrauten öffentlichen Geldern umzugehen gedenken. Wie erklärt sich der Ehrgeiz, 2017 eine Ersatzmaßnahme fertig gestellt zu haben, wenn nicht sicher ist, ob und wann der Kaufpreis für die für das geplante DOC zur Veräußerung stehenden Grundstücke fließen wird? Wie soll diese Maßnahme finanziert werden, wenn das geplante DOC nicht realisiert werden kann? Wie soll sie gerechtfertigt werden, wenn vielleicht nicht einmal die Notwendigkeit für Ersatzmaßnahmen besteht?

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Wilms

Pressesprecherin